

Vereinigung der Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen des Landes Nordrhein-Westfalen

- Der Vorsitzende -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit meiner letzten „Rundmail“ als Vorsitzender der Landesvereinigung bedanke ich mich sehr herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die den Vorstand und mich in den letzten Jahren bei der Wahrnehmung unserer Interessen unterstützt haben, sei es durch tatkräftige Mithilfe, durch wohlwollende oder auch kritische Begleitung.

Auch wenn ich hier nicht die Mitgliederversammlung am Freitag im Verwaltungsgericht Münster vorwegnehmen will, möchte ich denjenigen, die an der Versammlung nicht teilnehmen können, einige Informationen geben:

Bei einem Gespräch mit **Justizminister** Kutschaty ergab sich die Möglichkeit, alle für unsere Gerichtsbarkeit aktuellen Themen anzusprechen. Im Vordergrund stand dabei unsere Erwartung, dass es der neuen Landesregierung gelingen möge, endlich die seit langem überfällige Stärkung der richterlichen Mitwirkungsorgane zu realisieren. Auch rechtspolitische „Dauerbrenner“ wie etwa die Wiedereinführung einer gerichtskostenfreien Klagerücknahme und die Evaluierung der weitgehenden Abschaffung des Widerspruchsverfahrens sowie die Situation unserer Gerichtsbarkeit wurden besprochen.

Auf unserer Homepage (<http://nordrhein-westfalen.bdvr.de>) haben wir das Schreiben an Ministerpräsidentin Kraft vom 22. Oktober 2010 eingestellt. Gemeinsam mit dem Richterbund NRW und anderen Verbänden erinnern wir die neue Landesregierung mit diesem Schreiben daran, dass die letzte rot-grüne Landesregierung die Kürzung des **Weihnachtsgeldes** als nur vorübergehende Maßnahme beschlossen hatte und seinerzeit die feste Absicht äußerte, das Weihnachtsgeld anschließend wieder in voller Höhe zu zahlen.

Die Vorbereitungen zur Wahl der **überörtlichen Richtervertretungen** am 9. Dezember 2010 sind von unserer Seite abgeschlossen. Wir werden in der zweiten Novemberhälfte unseren Wahlauftrag mit der Vorstellung unserer Kandidatinnen und Kandidaten veröffentlichen.

Schon jetzt weise ich auf den nächsten sog. **Kleinen Verwaltungsgerichtstag** hin, der am 19. und 20. Mai 2011 in **Köln** stattfinden wird. Zu der Fragestellung „Brauchen wir ein neues Verwaltungsverfahrensgesetz?“ referieren einerseits Prof. Dr. Martin Burgi (Ruhr-Universität Bochum) und andererseits Prof. Dr. Ulrich Ramsauer (Universität Hamburg/OVG Hamburg). Über Neuerungen beim EU-Grundrechtsschutz informiert Prof. Dr. Jan Bergmann (VGH Baden-Württemberg). Ein drittes, rechts- oder justizpolitisches Thema sowie ein Besuch des Westdeutschen Rundfunks (Besichtigung und Austausch mit dem Justizariat) und ein touristisches Rahmenprogramm sind in Vorbereitung. Genaueres und die Modalitäten der Anmeldung werden rechtzeitig durch den Verwaltungsgerichtstag e.V. bekanntgegeben werden.

Mit kollegialen Grüßen

Minden, den 3. November 2010

Burkhard Ostermann